



**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Frau van Husen-Arandela

Telefon: (0221) 25024

Fax: (0221)

E-Mail: Gabriele.vanHusen-
Arandela@Stadt-Koeln.de

Datum: 24.04.2013

Beschlussprotokoll

über die **Sondersitzung des Finanzausschusses (Hpl.-Sitzung)** in der Wahlperiode 2009/2014 am Freitag, dem 12.04.2013, 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

I. Öffentlicher Teil

1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

1.1 Einwendungen von Frau Nicolaysen, Herrn Klein und Herrn Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1020/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einwendungen von Frau Gisela Nicolaysen, Herrn Martin Klein und Herrn Herbert Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.2 Einwendung von Herrn Hagenbruch gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1098/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Detlef Hagenbruch zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**1.3 Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1033/2013**

Beschluss zu Antrag 1:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen von CDU Fraktion und pro Köln mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zu Antrag 2:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung von pro Köln zugestimmt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die gesamte Verwaltungsvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung von CDU-Fraktion und pro Köln mehrheitlich zugestimmt.

**1.4 Einwendung von Herrn Wortmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1107/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Walter Wortmann zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**2.1 Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
AN/0394/2013**

**2.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates bezgl. Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
1166/2013**

3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Baulückenprogramm erhalten
AN/1775/2012**

Beschluss:

Mehrheitlich bei Zustimmung der FDP-Fraktion und Enthaltung pro Köln abgelehnt.

**4.2 Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-Süd-Stadtbahn
AN/2056/2011**

Beschluss:

Bei Enthaltung von pro Köln mehrheitlich in die Ratssitzung am 30.04.2013 verwiesen.

**4.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion "Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 "Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" in der Fassung des Beschlusses
des Rates aus seiner Sitzung am 19.03.2013 – TOP 16.1**

Beschluss:

Bei Enthaltung von pro Köln mehrheitlich in die Ratssitzung am 30.04.2013 verwiesen.

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

**5.1 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011**

Beschluss:

Bei Enthaltung von pro Köln mehrheitlich in die Ratssitzung am 30.04.2013 verwiesen.

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

**6.1 Hpl.-Entwurf 2013/2014
Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
1112/2013**

Beschluss:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der von der Verwaltung in den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 bereits aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge fasst der Rat die in Anlage 1 (Änderung früherer Ratsbeschlüsse) und Anlage 2 (neue Beschlussfassungen) aufgeführten Beschlüsse.

Der Finanzausschuss beschließt unter TOP 6.1.4 eine Änderung der Verwaltungsvorlage.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die **geänderte** Verwaltungsvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und pro Köln zugestimmt.

**6.1.1 Änderungsantrag zur Vorlage 1112/2013 - Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013
AN/0461/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln verzichtet in folgenden Punkten auf eine Beschlussfassung im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung im Bereich des Dezernates IV – Bildung, Jugend und Sport:

Für den Bereich ÜMIT und Mittagspause Plus:

Beschluss Nr. 9 Verzicht auf die Maßnahme „Mittagspause Plus“ ab dem Schuljahr 2013/2014

(erwartete Einsparung: 2013: 560.626 € und 2014 ff.: 836.346 €)

Beschluss Nr. 12 Übermittagsbetreuung Sek. I – Reduzierung des Standards

(erwartete Einsparung: 2013 ff.: 530.700 €)

Für den OGTS-Bereich:

Beschluss Nr. 10 Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils für die Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2013/2014 um 5%

(erwartete Einsparung: 2013: 399.364 € und 2014 ff.: 798.729 €)

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Haushaltssitzung des Rates den zusätzlichen Bedarf an OGTS-Plätzen festzustellen und dem Rat eine Aufstockung unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse vorzulegen.

Eine *Kompensation* der nicht zu realisierenden o.g. Einsparungen erfolgt durch den Wegfall der 6-monatigen Elternbeitragsbefreiung im Kindergarten, die auf freiwilliger Basis in Höhe von rd. 3,6 Mio. € von der Stadt Köln geleistet wird. Die vom Land NRW gesetzlich zugesicherte Beitragsbefreiung ab dem 3. Kindergartenjahr bleibt unverändert erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion und der FDP Fraktion bei Enthaltung von pro Köln abgelehnt.

6.1.2 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

Kenntnis genommen

6.1.3 Stellungnahme zum Prüfungsauftrag des Rates vom 20.09.2012 gemäß des Antrages der CDU-Fraktion "Weitere Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung" 0937/2013

Kenntnis genommen

6.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag zur Vorlage 1112/2013 (TOP 6.1) - Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung Hpl 2013/2014 AN/0488/2013

Beschluss:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der von der Verwaltung in den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 bereits aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge fasst der Rat mit der Maßgabe der gemeinsam von SPD und GRÜNE gestellten Änderungsanträge zum HH die in Anlage 1 (Änderung früherer Ratsbeschlüsse) und Anlage 2 (neue Beschlussfassungen) aufgeführten Beschlüsse.

Dies führt zu Ablehnung bzw. Änderungen in den nachstehenden Punkten der Anlage 1 + 2:

- 1.) Auflistung der vom Rat zu beschließenden Änderungen von früheren Beschlüssen (Anlage 1)
 - Ziffer 1: Kölnagenda e.V. Millenniumsentwicklungsziele (43.750 € p. a. in 2013ff)
 - Ziffer 9: Verzicht auf Mittagspause Plus (2013: 560.626 € und 2014ff: 836.346 €)
 - Ziffer 10: Offene Ganztagschule im Primarbereich: Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils um 5% ab dem Schuljahr 2013/2014 (2013: 301.314 € und 2014 ff.:602.629 €)
 - Ziffer 11: Einstellung des Angebotes der Rathausschule (72.100 € p. a. in 2013: 36.050 € und 2014ff: 72.100 €)
 - Ziffer 12: Übermittagsbetreuung Sek. I - Reduzierung des Standards (530.700 € in 2013ff.)
 - Ziffer 14: Einstellung der Gewährung einer Einschulungsbeihilfe für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (163.000 € p. a. in 2013 ff.)

- Ziffer 15: Einstellung der Bezuschussung des Schüler Mittagessens für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (2013: 350.000 €, ab 2014ff.: 700.000 €)
- Ziffer 16: Aufgabe der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln (364.400 € p. a. im Hj. 2013ff.)
- 2. Auflistung der vom Rat zu fassenden neuen Beschlüssen im Zusammenhang mit den Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt (Anlage 2)
 - Ziffer 3: Randzeitenbetreuung in Einrichtungen mit erweiterten Öffnungszeiten (135.000 € p. a. in 2013ff)
 - Ziffer 4: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrtspflege – Kinder- und Jugendarbeit (540.900 € p. a. in 2014ff.)
 - Ziffer 5: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrtspflege – Sozialarbeit (680.000 € p. a. in 2014ff.)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von den Fraktionen CDU, FDP und pro Köln beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung unter Berücksichtigung des v.g. Beschlusses abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von den Fraktionen CDU, FDP und pro Köln beschlossen.

**6.1.5 Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Gescho des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Stehen demnächst Schwimmvereine vor verschlossenen städtischen Bädern?
In der Fassung des Beschlusses des Sportausschusses vom 09.04.2013**

Beschluss:

Mit der Mitteilung wird die Angelegenheit für erledigt betrachtet und der Antrag wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7 Bürgerhaushalt 2013/2014 - Umsetzung der Vorschläge

**7.1 Bürgerhaushalt 2013 - Voten der Bürger zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
1072/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Voten der Bürgerschaft zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan 2013/2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

7.2 Bürgerhaushalt 2013 - Umsetzung der Bürgervorschläge 1064/2013

Geänderter Beschluss:

Der Rat nimmt die zehn am besten bewerteten Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltverfahrens 2013 einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj. 2013/2014 0984/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2013/2014 gem. dem durch die Veränderungsnachweise 1 und 2 fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

„Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen nach § 82 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und/oder Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe für den Haushalt erhöhen würden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und pro Köln zugestimmt.

8.1.1 Überprüfung der städt. Mitgliedschaften 1299/2013

Kenntnis genommen

8.1.2 Freie Wähler "Änderungsantrag zum TOP 8" AN/0480/2013

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Zum Abbau der hohen strukturellen Defizite soll eine Haushaltskonsolidierung erfolgen, mit dem Ziel, das in der Finanzplanung ausgewiesenen Defizit schrittweise

abzubauen und bis zum Jahr 2020 zu einem in Aufwand und Ertrag ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

2. Für die Jahre 2014 ff. wird freiwillig ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung unter strikter Anwendung der für ein Haushaltssicherungskonzept geltenden Vorschriften beschlossen, um einen klaren Fahrplan zur Konsolidierung der städtischen Finanzen festzuschreiben. Danach sind alle Aufwendungen für freiwillige Ausgaben und für Pflichtaufgaben, die nur dem Grunde, nicht aber der Höhe nach verpflichtend vorgegeben sind, kenntlich zu machen.

3. Bis zur Vorlage dieses Konsolidierungskonzeptes werden in einem ersten Schritt alle im Entwurf für die Jahre 2013/14 enthaltenen freiwilligen Leistungen, die nicht unkündbar vertraglich festgeschrieben sind, sowie alle gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen, die der Stadt nicht der Höhe nach vorgegeben sind, auf den Prüfstand gestellt. Zur Reduzierung des strukturellen Defizits werden diese jährlich linear um 5 % gekürzt. Dabei sind die Zuwendungen für den Bildungs- und Jugendbereich bei ausgewiesener Nachhaltigkeit für die Stadtgesellschaft auszunehmen.

4. Darüber hinaus werden neue ausgabewirksame Beschlüsse, die nicht aufgrund von Gesetzen zwingend vorgegeben sind, bis zur Vorlage des Konsolidierungskonzeptes aufgeschoben.

5. Der Rat beschließt einen sofortigen Einstellungsstopp. Freiwerdende Stellen werden nicht mehr besetzt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, in dem darzustellen ist, auf welche Tätigkeitsfelder künftig verzichtet werden kann. Insbesondere sind alle Dienstleistung innerhalb der Verwaltung auf den Prüfstand zu stellen.

Ziel ist ein Personalabbau von mindestens 15 % bis 2022, durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation des Personals und Überprüfung und Reduzierung städtischer Tätigkeitsfelder, entsprechend des durch den Oberbürgermeister zu erstellenden Konzepts.

6. Der Rat beschließt die baldmöglichste Reduzierung der ehrenamtlichen Bürgermeisterposten auf zwei. Die im Rat vertretenen Parteien, die nicht den OB stellen, besetzen die beiden Stellen entsprechend ihrer im Rat vorhandenen Sitze nach "D'Hondt". Alle städtischen Dienstfahrzeuge für Bürgermeister, Beigeordnete, Fraktionsvorstände und sonstige Berechtigte - außer dem Dienstwagen des OB- werden abgeschafft. Für die bisherigen Nutzer ist ein Jahres-Abrufvertrag bei der Kölner Taxigenossenschaft bzw. einem Mietwagenunternehmen nach Ausschreibung abzuschließen.

7. Der Rat beschließt mit sofortiger Wirkung eine Obergrenze für die Summe der Fraktionszuschüsse, so dass diese um insgesamt 50% reduziert werden.

8. Große Investitionsvorhaben, wie z.B. das Jüdische Museum und die Archäologische Zone, werden gestoppt. Die Verwaltung legt dem Rat für jedes der anstehenden Projekte einen Kostenrahmen für den endgültigen Verzicht und alternativ für die Baukosten einschließlich aller Eventualitäten vor (Bsp. Gründung des Jüdischen Museums), die dann Grundlage für eine neue Ratsentscheidung zu diesen Projekten sein müssen.

9. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Oktober 2013 ein Konzept zum Verkauf von 20 Prozent der städtischen Gebäude und Grundstücke vorzulegen. Dabei dürfen Gebäude wie die Flora, das ehemalige Rautenstrauch-Jost Museum oder das Gebäude der VHS am Neumarkt von den Überlegungen nicht ausgenommen werden.

10. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Juli 2014 eine Vorlage zum Verkauf städtischer Gesellschaften (GAG, Stadtwerkekonzern, KölnMesse) bzw. den anteiligen Verkauf von Gesellschaften, die weiter in städtischem Mehrheits- oder Teileigentum bleiben sollen, vorzulegen. Insgesamt sollten in Summe bis zu 40% des Eigentums städtischer oder stadtnaher Gesellschaften veräußert werden. Ziel muss es sein, verbleibende städtische Gebäude - insbesondere Schulen und Museen - und die Infrastruktur bis zum Jahr 2022 zu sanieren und auf den Stand der Technik zu bringen, ohne dafür neue Kredite aufzunehmen. Gleichzeitig ist die Entschuldung der Stadt voranzutreiben.

11. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Rat schnellstmöglich, spätestens bis Ende des Jahres 2013 ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung entsprechend Ziffer 2 vorzulegen. Es soll sicherstellen, dass

- a. spätestens im Jahr 2022 der Haushalt in Aufwand und Ertrag ausgeglichen ist,
- b. spätestens im Jahr 2022 die Gebäude und die Infrastruktur der Stadt wieder auf dem Stand der Technik sind,
- c. bis spätestens dahin Kassenkredite nur noch zur Überbrückung von Liquiditätseingängen maximal in der Höhe entsprechend gesicherter Einnahmen, nicht aber zur Finanzierung von Haushalts-Defiziten aufgenommen werden,
- d. die Netto-Kreditaufnahme spätestens zu diesem Zeitpunkt auf Null gebracht wird und
- e. spätestens von 2022 an die jährliche Tilgung wesentlich höher als die Zinsen der verbleibenden Kredite ausfällt und so die Schulden der Stadt schrittweise abgebaut werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

8.1.3 Änderungsantrag zum TOP 6.1 - Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14 AN/0486/2013

Beschluss:

Die Fraktion DIE LINKE bittet den Veränderungsnachweis zum Haushaltsplanentwurf 2013/14 unter „Hpl.-Entwurf 2013/2014 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung“ in der in der Anlage geänderter Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kulturförderabgabe zu TOP 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

Beschluss:

1. s. Anlage

2. Begleitend beauftragt der Rat die Verwaltung wie folgt:

a) Bühnen der Stadt Köln

Die Verwaltung wird beauftragt, zur dauerhaften Sicherung der künstlerischen Qualität der Bühnen der Stadt Köln die Eintrittspreise ab der Spielzeit 2013/2014 um mindestens durchschnittlich 2 Euro je Ticket zu erhöhen. Günstige Karten sollen weniger und höherpreisige Karten sollen stärker belastet werden. Die Einnahmen sollen zum Schuldenabbau bei den Bühnen verwendet werden.

In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung auch die Abgabep Praxis von kostenlosen Karten überprüfen. Zur Gestaltung der Ticketpreise und der Reduzierung kostenloser Tickets soll die Verwaltung dem Betriebsausschuss kurzfristig einen Vorschlag unterbreiten.

Mit der Spielzeit 2015/2016 steht das sanierte Opernquartier zur Verfügung. Im Zuge der Wiedereröffnung der Häuser am Offenbachplatz muss die Einnahmesituation der Bühnen zur Qualitätssicherung weiter verbessert werden.

b) Betreuungssituation offener Ganztags im Primarbereich

Es ist geplant, die OGTS-Plätze zum Schuljahr 2014/2015 um 1.500 Plätze aufzustocken.

Wir bitten die Verwaltung, für die Schülerinnen und Schüler, die sich bereits zum kommenden Schuljahr für einen Ganztagsplatz an den Grundschulen angemeldet haben, aber leider aufgrund der zu geringen Platzzahl abgewiesen werden mussten, eine Kurzbetreuungsmaßnahme anzubieten.

Dieser Vorschlag sollte im Einvernehmen mit den Schulleitungen sowie den Trägern des Offenen Ganztags und unter Berücksichtigung der konzeptionellen, räumlichen und der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden.

Bei der geplanten Aufstockung der dauerhaften Plätze zum Schuljahr 2014/2015 sind die Schülerinnen und Schüler dieser „Übergangslösung“ bevorzugt zu berücksichtigen.

c) Spielplätze

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren bei der Erneuerung und Sanierung von Spielplätzen zu beschleunigen. Das zur Verfügung stehende Investitionsvolumen muss zügig abgearbeitet und die Um- und Neugestaltungsmaßnahmen (Spielplatzbedarfsplanung 2012) zeitnah umgesetzt werden.

- d) Gebäude Rautenstrauch-Joest-Museum am Ubierring
Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend zu prüfen, die Nutzung als Museumsdepot früher als von der Verwaltung bislang geplant zu beenden und dadurch Kosteneinsparungen zu erzielen.
- e) Bewirtschaftung von Schulparkplätzen
Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig einen Vorschlag zu Bewirtschaftung der Schulparkplätze mit der Ausweisung von Erträgen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 im Teilergebnisplan 0301 vorzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 30 % der Erträge dem Schulbudget der jeweiligen Schule zufließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und pro Köln beschlossen.

8.1.5 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kulturförderabgabe**Beschluss:**

Es sollen folgende Änderungen beschlossen werden:

Fachbereich	Thema	2013	2014	Haushaltsvermerk
Kultur	Erhalt der Busbibliothek	150.000 €	150.000 €	Gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012
Kultur	Samstagsöffnungen für Stadtteilbibliotheken	280.000 €	280.000 €	Gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012
Kultur	Medienetat der Stadtbibliothek	320.000 €	320.000 €	Gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012
Kultur	Akademie der Künste der Welt	1.000.000 €	1.000.000 €	gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012, Anschubfinanzierung in dieser Höhe zunächst bis Ende 2014
Schule	Rücknahme Gebührenerhöhung Rheinische Musik-	150.000 €	150.000 €	gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012, Fortschreibung gilt

Finanzausschuss
am 12.04.2013

	schule			zunächst bis Ende 2014
Schule	Kulturelle Bildung	100.000 €	100.000 €	Projektmittel im Primärbereich OGTS an Schulen mit besonderem Hilfebedarf, Mittelfreigabe durch Fach- und Finanzausschuss
Kultur	Kulturförderung	20.000 €	220.000 €	Förderung der Theaterzeitung aKT mit 20.000 Euro; Fortschreibung "Feuerwehretat-Förderkonzepte" in Höhe von 200.000 Euro in 2014 - Zusetzung ist befristet bis zur Neuvergabe der Fördermittel im Rahmen des Theaterförderkonzeptes. Ab 2015 gilt der bisherige Haushaltsansatz, die Zusetzung entfällt.
Wirtschaft	Standortmarketing, Tourismusförderung, Wirtschaftsförderung	500.000 €	500.000 €	Intensivierung des Standortmarketings, Zuschuss KölnTourismus, Kreativwirtschaft; Mittelfreigabe durch Fach- und Finanzausschuss
Sport	Förderung "Sportleraus-tausch von und in Kölner Partnerstädte"	25.000 €	25.000 €	Mittelfreigabe durch Fach- und Finanzausschuss
Umwelt und Grün	Stadtklima und -verschönerungsprogramm Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer	1.470.000 €	1.470.000 €	Aufteilung nach Bausteinen: Brunnen 180.000 (status quo wird gesichert), Gewässersanierung 300.000 Euro, Finkens Garten 40.000 Euro als Anschubfinanzierung, Bezirksprogramm 900.000 Euro,

				Schmuckbeete 50.000 Euro - Mittel- freigabe durch Fach- und Finanzaus- schuss
Umwelt und Grün	Attraktivierung des Stadtbil- des, Neupflan- zung von Bäumen	650.000 €	650.000 €	zusätzlich 500 Bäu- me p.a., Mittelfreiga- be durch Fach- und Finanzausschuss
Stadtentwick- lung	Qualitätsstei- gerung und Optimierung des öffentli- chen Toiletten- angebots durch zusätzliche Toilettenanla- gen	300.000 €	300.000 €	Mittelfreigabe durch Fach- und Finanz- ausschuss

4.965.000 € 5.165.000 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und pro Köln beschlossen.

8.1.6 Weitere Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen und Freigabeverfahren

Stadtkämmerin Klug bittet, über den dem Finanzausschuss bereits vorliegenden Beschlussentwurf zur Haushaltssatzung hinaus zum Schluss der Hpl.-Beratungen noch folgende weitere Beschlussvorschläge zu fassen:

Beschluss:

- **Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen**

Der Finanzausschuss lehnt die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen ab.

- **Formale Änderungen**

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2013/2014 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z.B. Teil-

planzuordnung, falsche Teilplanzeile)

- **Freigabeverfahren**

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ für 2013/2014 unter Einbeziehung der nachstehenden Anpassung weiter gilt.

- **ZUSTÄNDIGKEITSREGELUNG BEI FREIGABEN VON INVESTIVEN AUSZAHLUNGEN**

gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 12.04.2013

1. Die investiven Auszahlungen aus den Teilfinanzplänen bedürfen der besonderen Freigabe durch den Finanzausschuss bzw. die Stadtkämmerin.

2. **Zuständigkeit des Finanzausschusses:**

- 2.1 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen (=Einzelveranschlagungen) mit Gesamtkosten über **300.000** (250.000) Euro nach Vorberatung im zuständigen Fachausschuss bzw. in der zuständigen Bezirksvertretung,
- 2.2 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über **300.000** (100.000) Euro im Rahmen pauschalierter Auszahlungsansätze nach Zustimmung des zuständigen Fachausschusses bzw. der zuständigen Bezirksvertretung zur sachlichen Verwendung der Mittel.

3. **Zuständigkeit der Stadtkämmerin:**

- 3.1 bei neuen Einzelmaßnahmen (= Einzelveranschlagungen) mit Gesamtkosten bis einschl. **300.000** (250.000) Euro,
- 3.2 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten bis einschl. **300.000** (100.000) Euro im Rahmen pauschalierter Auszahlungsansätze. Auf Anforderung des zuständigen Fachausschusses ist die Freigabe von dessen Zustimmung zur sachlichen Verwendung der Mittel abhängig,
- 3.3 bei Fortführungsmaßnahmen,
- 3.4 bei folgenden als Fortführungsmaßnahmen geltenden Auszahlungen und Programmen:
 - Rückzahlung von Zuweisungen und Zuschüssen
 - Verwendung von Zuschüssen und Versicherungsleistungen
 - Sondervermögen Stiftungen
 - Grunderwerb (einschl. Umlegung)
 - Erschließungsmaßnahmen im Bereich des Straßenbaus im Rahmen des vom Verkehrsausschuss beschlossenen Jahresprogramms
 - Straßenbeleuchtung
 - Beschäftigungsförderungsmaßnahmen im Rahmen des 2. Arbeitsmarktes innerhalb der pauschalierten Veranschlagung. Die Fachausschüsse werden in Form von Mitteilungen über die Realisierung der Einzelmaßnahmen unterrichtet.

- Weiterleitung von Landesmitteln nach dem Strukturhilfegesetz
- Kapitalzuführung an die Gebäudewirtschaft
- städt. Investitionskostenzuschüsse zu Kreuzungsmaßnahmen Dritter gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz, Bundesfernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz NRW
- Zahlungen an die StEB für Maßnahmen der Straßenentwässerung im Rahmen des vom Rat beschlossenen Abwasserbeseitigungskonzeptes
- Zahlungen für den Bau von Sinkkästen, Regenwasserkanälen, Regenwasserpumpwerken und Sickergruben im Zusammenhang mit Kanalerneuerungsmaßnahmen der StEB bzw. im Rahmen der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht
- Nachlassabwicklung.

Ratsmitglied Uckermann beantragt, dass die Ergänzungen ohne Votum in den Rat verwiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Verweisungsantrag wird gegen die Stimme von pro Köln mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die weiteren Beschlussvorschläge und das Freigabeverfahren abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen pro Köln zugestimmt.

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für die Jahre 2013/2014 0884/2013

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013 / 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2013 / 2014 im Saldo rd. 66 Mehrstellen. Für 2013 / 2014 sind 185,22 Stellen zusätzlich erforderlich. Hiervon entfallen

- 55,14 (= rd. 30 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,
- 10,00 (= rd. 5 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und
- 120,08 (= rd. 65%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

Demgegenüber werden 119,62 Stellen abgesetzt. Darin sind die bis dato noch nicht umgesetzten Ergebnisse der „Task-Force“ in einem Umfang von 10,50 Stellen enthalten.

Die Finanzierung der ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlosse-

nen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Stellenplan 2013/2014 unter Beachtung des Beschlusses des Finanzausschusses unter TOP 9.1.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

**9.1.1 Stellenplan für die Jahre 2013/2014 - 0884/2013
AN/0491/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den Stellenplan 2013/2014 in der vorliegenden Fassung als Anlage zum Haushaltsplan 2013/2014 mit folgenden Ergänzungen bzw. Änderungen:

02	0301	50 Schulsekretäre/-sekretärinnen	Der Rat erwartet eine Mitteilung im Fachausschuss und AVR über die Zuweisungskriterien an den Schulen.
12	0104	35,5 IT-Bedarf	Freigabe auf Basis einer Verwaltungsvorlage mit Darstellung der einzelnen IT-Projekte im nächsten AVR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014
0537/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/2014 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

**9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre
2013/2014
0539/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan des Gürzenich-Orchesters für die Kalenderjahre 2013/2014 zu. Im Vergleich mit dem Stellenplan des Jahres 2012 erfolgen keine Veränderungen im Hinblick auf Mehr-/Wenigerstellen, Hebungen etc.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der
Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014
0910/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/14 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Ge-
bäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014
0561/2013**

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

10 Mündliche Anfragen